

Lösch, Bettina

Internationale und europäische Bedingungen politischer Bildung - zur Kritik der European Citizenship Education

Zeitschrift für Pädagogik 55 (2009) 6, S. 849-859



Quellenangabe/ Citation:

Lösch, Bettina: Internationale und europäische Bedingungen politischer Bildung - zur Kritik der European Citizenship Education - In: Zeitschrift für Pädagogik 55 (2009) 6, S. 849-859 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-42788 - DOI: 10.25656/01:4278

<http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-42788>

<http://dx.doi.org/10.25656/01:4278>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ

<http://www.beltz.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Inhaltsverzeichnis

Thementeil: Kritik der politischen Bildung

Roland Reichenbach/Ludwig Pongratz

Einleitung 833

Carsten Bünger/Ralf Mayer

Erfahrung – Wachstum – Demokratie? Bildungstheoretische Anfragen an
Deweys Demokratiebegriff und dessen programmatische Rezeption 837

Bettina Lösch

Internationale und europäische Bedingungen politischer Bildung – zur Kritik
der European Citizenship Education 849

Sibylle Reinhardt

Schulleben und Unterricht – nur der Zusammenhang bildet politisch und
demokratisch 860

Horst Biedermann/Roland Reichenbach

Die empirische Erforschung der politischen Bildung und das Konzept der
politischen Urteilskompetenz 872

Deutscher Bildungsserver

Linktipps zum Thema: „Kritik der politischen Bildung“ 887

Allgemeiner Teil

Jaap Dronkers/Silvia Avram

Choice and Effectiveness of Private and Public Schools in seven countries.
A reanalysis of three PISA dat sets 895

Thomas Olk/Karsten Speck

Was bewirkt Schulsozialarbeit? – Theoretische Konzepte und empirische
Befunde an der Schnittfläche zwischen formaler und non-formaler Bildung 910

Klaus Zierer

Eklektik in der Pädagogik. Grundzüge einer gängigen Methode 928

Besprechungen

Walter Hornstein

Marc Zirlewagen (Hrsg.): „Wir siegen oder fallen“. Deutsche Studenten im
Ersten Weltkrieg 945

Rita Casale

Christa Kersting: Pädagogik im Nachkriegsdeutschland. Wissenschaftspolitik
und Disziplinentwicklung 1945 bis 1955 948

Jens Trein

Michael Winterhoff (unter Mitarbeit von Carsten Tergast): Warum unsere
Kinder Tyrannen werden. Oder: Die Abschaffung der Kindheit. 951

Isabell van Ackeren

Rudolf Tippelt (Hrsg.): Steuerung durch Indikatoren. Methodologische und
theoretische Reflektionen zur deutschen und internationalen Bildungsbericht-
erstellung 954

Jörg Fischer

Sirikit Krone/Andreas Langer/Ulrich Mill/Sybille Stöbe-Blossey: Jugendhilfe
und Verwaltungsreform. Zur Entwicklung der Rahmenbedingungen sozialer
Dienstleistungen 957

Silke Grafe

Ida Pöttinger/Sonja Ganguin (Hrsg.): Lost? Orientierung in Medienwelten.
Konzepte für Pädagogik und Medienbildung Pöttinger, Ida/Ganguin, Sonja (Hrsg.):
Lost? Orientierung in Medienwelten. Konzepte für Pädagogik und
Medienbildung. 959

Dokumentation

Pädagogische Neuerscheinungen 964
Impressum U 3

Bettina Lösch

Internationale und europäische Bedingungen politischer Bildung – zur Kritik der *EuropeanCitizenship Education*

Zusammenfassung: Im Zuge der Internationalisierung und Europäisierung von politischen und ökonomischen Prozessen verändern sich die Bedingungen für politische Bildung, die bislang inhaltlich wie institutionell nationalstaatlich ausgerichtet war. Die Einschätzungen gehen dahingehend auseinander, inwieweit diese (Transformations-)Prozesse neue Möglichkeiten für die politische Bildungsarbeit eröffnen oder gegenteilig die etablierte Praxis eher weiter beschneiden. Der Beitrag skizziert insofern einige europäische Initiativen, die sich auf die institutionelle und inhaltliche Ausrichtung politischer Bildung auswirken. Das Demokratieverständnis der European Citizenship Education wird diskutiert und eine erweiterte Perspektive einer Global Citizenship Education eröffnet. Eine kritische politische Bildung, wie sie konzeptionell dem Beitrag zu Grunde liegt, verfolgt eine Weltperspektive, die eine europazentrierte Sichtweise übersteigt, alte Ausschlussmechanismen des Nationalstaates zu überwinden sucht sowie bei einem differenzierten Subjekt- und Demokratiebegriff ansetzt.

1. Vorbemerkungen

Die tief greifenden Umbrüche und Krisen unserer Zeit, die gemeinhin unter dem Epochenbegriff ‚Globalisierung‘ gefasst werden, wirken sich auch auf die institutionellen Rahmenbedingungen und inhaltlichen Zuschnitte politischer Bildung aus. Im europäischen Vergleich verfügt Deutschland über eine besondere Tradition und ein weites Spektrum institutionalisierter politischer Bildungsarbeit. Gegenwärtig steht die politische Bildungsarbeit allerdings vor verschiedensten Herausforderungen: Trotz wiederholter Lippenbekenntnisse einiger Politikerinnen und Politiker zum hohen Stellenwert politischer Bildung wird ihre finanzielle Förderung weiter beschnitten. Zugleich steigt das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der *Politik* bzw. der etablierten politischen Elite und das wirkt sich negativ auf die Nachfrage an politischen Bildungsangeboten aus. Im außerschulischen Bereich machen sich insbesondere die Sparmaßnahmen seitens der öffentlichen Hand bemerkbar. Aber auch die Umstellung des klassischen politischen Bildungsangebots auf die Vermittlung so genannter *Schlüsselqualifikationen* drängt die politischen Aspekte und Inhalte, die Grundlagen demokratischer Meinungs- und Willensbildung, zunehmend an den Rand. Die schulische politische Bildung ist wiederum seit jeher mit mangelnder Wertschätzung konfrontiert. Das Schulfach *Politik* – in seiner länderspezifischen und schulstufenabhängigen Ausprägung – wird oft fachfremd unterrichtet, hat die höchste Ausfallquote und fristet an Schulen häufig eine marginale Existenz (vgl. Buchstein 2004, S. 57). Dem Politikunterricht bzw. in neuer Ausrichtung dem Fach *Politik und Wirtschaft* fehlt außerdem eine theoretische Orientie-

rung, denn die Relevanz der Politikwissenschaft als traditionelle Schlüsseldisziplin ist umstritten.

Angesichts der Internationalisierung und Europäisierung gehen die Einschätzungen derzeit auseinander, inwieweit diese (Transformations-)Prozesse neue Möglichkeiten für die politische Bildung eröffnen, oder gerade das Gegenteil bewirken und die etablierte Praxis politischer Bildungsarbeit weiter beschneiden. In diesem Beitrag werde ich als erstes einige europäische Initiativen skizzieren (2), die sich grundlegend auf die institutionelle und inhaltliche Ausrichtung politischer Bildung auswirken. In einem zweiten Schritt wird das Demokratieverständnis der *European Citizenship Education* diskutiert (3), um anschließend für eine erweiterte Perspektive einer *Global Citizenship Education* (im Rahmen des *globalen Lernens*) zu plädieren (4). Mit der Öffnung hin zu einer globalen, weltbürgerlichen Sicht können alte Ausschlussmechanismen überwunden werden, wie sie der Nationalstaat als politisch begrenztes Territorium mitsamt eingeschränktem Staatsbürgerschaftsverständnis beförderte. Eine kritische politische Bildung¹ mit ihrem Anliegen der Demokratisierung und Emanzipation verfolgt diese Weltperspektive, die eine europazentrierte Sichtweise übersteigt und bei einem differenzier-ten Subjekt- und Demokratiebegriff ansetzt.

2. Europäische Initiativen politischer Bildung

Mit der Internationalisierung von politischen und ökonomischen Prozessen verändern sich auch die Bedingungen von politischer Bildung, die bislang inhaltlich wie institutionell nationalstaatlich ausgerichtet war. Zweierlei ist zu beobachten: Im Zuge der Globalisierungsdebatte kommt es wieder zu einer verstärkten thematischen Politisierung der politischen Bildung, die in den letzten Jahren eher auf didaktische Überlegungen und Methodenfragen konzentriert war. Gleichzeitig muss die Politikdidaktik mit der globalen Transformation polit-ökonomischer Prozesse ihr Denken im *nationalstaatlichen Container* (vgl. Steffens/Weiß 2004, S. 28) überwinden.

Auch wenn die fachwissenschaftlichen Debatten um Globalisierung und die Transformation des Nationalstaates in der Politikdidaktik insgesamt erst spät aufgegriffen wurden, gab es hier doch einige Ausnahmen und einschlägige Veröffentlichungen (vgl. Seitz 2002; Hedtke 2002; Butterwegge/Hentges 2002; Steffens/Weiß 2004; Steffens 2007; Overwien/Rathenow 2009, S. 17f.). Derzeit ist man um schnellstmögliche internationale Anschlussfähigkeit bemüht, weshalb englischsprachige Publikationen in der Politikdidaktik immer wichtiger werden. Mit der internationalen Ausrichtung entsteht nicht nur eine neue Publikationskultur, sondern es zeichnen sich auch diverse konzeptionelle Verschiebungen politischer Bildung ab. Demokratie-pädagogische Ansätze treten immer mehr in den Vordergrund, da sie auf die angelsächsische *Citizenship Education* rekurren, die für den europäischen Kontext dominant ist (vgl. Sliwka 2005; Himmel-

1 Der Aufsatz ist Teil meines Habilitationsprojekts zur konzeptionellen Grundlegung einer kritischen politischen Bildung unter Bedingungen der Globalisierung.

mann 2007, S. 203f.). Die bisherigen Pfade einer explizit emanzipatorischen politischen Bildung, die etwa durch Theodor W. Adornos pädagogischen Imperativ geprägt waren, dass eine „Erziehung nach Auschwitz“ eine Erziehung zum Widerspruch und zum Widerstand ist (vgl. Adorno 1971), werden verlassen und neue Wege beschritten. *Citizenship Education* dient als neuer Trend oder Leitbegriff, der stärker nach Innovation klingt als die alte Bezeichnung „politische Bildung“. Übersetzt als *Political Education* stößt letztere im europäischen Kontext nach wie vor auf Vorbehalte, da hier leicht etwas von (staatlicher) Politisierung der Schulen bzw. Belehrung mitschwingt (vgl. Himmelmann 2007, S. 204). Auch andere europäische Traditionen der politischen Bildung können sich gegen das angelsächsische Modell derzeit kaum durchsetzen, was sicherlich auch mit den Übersetzungsschwierigkeiten und der Dominanz der englischen Sprache zusammenhängt.

Gegenwärtig existieren zahlreiche Bemühungen zur Europäisierung der politischen Bildung und der Demokratieerziehung in Deutschland. Auf der einen Seite erscheinen spezifische Länderstudien, die einen Einblick in die jeweilige Ausgestaltung der politischen Bildung geben (vgl. etwa Nonnenmacher 2008). Auf der anderen Seite gibt es das Bestreben nach der europäischen Angleichung von Standards. Die neuen europäischen Rahmenbedingungen politischer Bildung lassen sich übersichtsartig folgendermaßen skizzieren: Ein wichtiger Ausgangspunkt bildete die von der UNESCO im Rahmen von *Human Rights Education (UN Decade for Human Rights Education, HRE 1995–2004)* initiierte Idee einer *Citizenship Education*. Der Europarat hat 1997 diese Impulse aufgegriffen und entwickelte ein bildungspolitisches Programm und Reformprojekt für seine Mitgliedstaaten. Diese programmatische Initiative erreichte im *European Year of Citizenship through Education 2005* mit dem Motto *Learning and Living Democracy* ihren bisherigen Höhepunkt (vgl. Eis 2007, S. 157). Resultat sind diverse Förderprogramme auf EU-Ebene, der Versuch der institutionellen Angleichung von Bildungsabschlüssen und -zertifikaten sowie die Aufstellung von Zielen lebenslangen Lernens wie z.B. persönliche Entfaltung, *active citizenship*, soziale Eingliederung oder *employability*, also Beschäftigungs- und Anpassungsfähigkeit (vgl. Widmaier 2008, S. 7).² Diese Leitbilder sollen gemäß der Lissabon-Strategie der EU vom März 2000 die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen (vgl. ebd.; kritisch zum Prozess der Europäischen Integration: Bieling 2007). Die Initiativen sind Teil dieser Strategie. Angestrebt wird eine leistungsfähige Wissensgesellschaft, wobei die Bürgerinnen und Bürger als wichtige (Human)Ressource begriffen werden. Die Resultate sind ambivalent: Einerseits schafft dies neue Lehr-, Lern- sowie Qualifizierungsmöglichkeiten; andererseits hat es den Beigeschmack, als ginge es dabei zuvorderst um ökonomische Verwertbarkeit.

Die EU verfügt außerdem über zahlreiche den Behörden nachgeordnete Institutionen und *Think Tanks*, die Politikberatung betreiben und Studien im Bereich Bildungs-

2 Zentral ist insgesamt die bildungspolitische Bedeutung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQF). Nach Vorstellung des Europäischen Parlaments und des Rates sollen die nationalen Bildungssysteme bis 2010 den Leitlinien des EQF angepasst werden. Bis 2012 sollen auch Diplome und Zertifikate vereinheitlicht und auf europäischer Ebene vergleichbar werden (vgl. Widmaier 2008, S. 10f.).

politik erstellen. Zu nennen sind vor allem das Informationsnetzwerk *Eurydice*, das 2005 im Auftrag der Kommission die Studie *Citizenship Education at School in Europe* herausgegeben hat (Eurydice 2005; vgl. Eis 2007, S. 157; Kerr 2008, S. 173f.). Für die non-formale politische Bildung sind die Dokumente des *Centre for Research on Lifelong Learning* (CRELL) bedeutend, die das Thema *Active Citizenship* forcieren (vgl. Widmaier 2008; <http://active-citizenship.jrc.it/>). Unter den deutschsprachigen Initiativen haben das BLK Programm *Demokratie lernen & leben* den Gedanken der *European Citizenship Education* befördert (www.blk-demokratie.de) und dabei auch eine Gleichsetzung von *Citizenship Education* mit demokratiepädagogischen Ansätzen bewirkt. Im BLK Projekt werden Deliberationsforen oder *Service Learning* Projekte – in Anlehnung an die Programme im angelsächsischen Raum – aufgegriffen, in denen die Schülerinnen und Schüler durch soziales Engagement für das Gemeinwesen ein demokratisches Bürgerbewusstsein erlangen sowie demokratische Verhaltensweisen erlernen sollen (vgl. Frank 2005; Sliwka 2004). Die Bundeszentrale für politische Bildung trug des Weiteren durch die *NECE-Konferenzen* (*Networking European Citizenship Education*) maßgeblich zur Vernetzung und programmatischen Ausrichtung der europapolitischen Bildung bei (vgl. Georgi 2008).

Nicht zuletzt tritt in diesem (bildungs-)politischen Bereich auch das *Centrum für angewandte Politikforschung* (CAP) in München als Akteur auf. Das CAP wird stark von der Bertelsmann Stiftung finanziert und liefert neben wissenschaftlichen Arbeiten zur Jugendpartizipation in Europa Simulations- und Planspiele zum europabezogenen Lernen sowie entsprechende Multiplikatorentrainings. Das CAP ist kein neutraler, sondern ein strategischer Akteur, der dezidiert eigene Positionen zur zukünftigen Ausrichtung der Europäischen Union (z.B. eine offensive Außenpolitik) vertritt (vgl. Lohmann 2007, S. 156ff.; Oberansmayr 2007). In Anbetracht des Kontroversitätsgebots in der politischen Bildung, das auch im europäischen Kontext gelten sollte, müsste eine Diskussion über die neuen nicht- oder halbstaatlichen (bildungs-)politischen Akteure und Politikberatungsinstitute sowie deren eigene Interessensverfolgung geführt werden.

Bei der europäischen Angleichung der politischen Bildung bzw. den Übersetzungsversuchen von *Citizenship Education* zeichnen sich allerdings erste Richtungsstreitigkeiten ab (vgl. Eis 2007, S. 154): Zum einen können die bildungspolitischen Initiativen der *Education for European Democratic Citizenship* entweder als „Demokratieerziehung/-pädagogik“ oder als politische „Bürgerschaftsbildung“ verstanden werden (vgl. ebd.). Hinsichtlich des Bürgerbegriffs – ob liberal, republikanisch, weltbürgerlich etc. – kann es hierbei bereits zu unterschiedlichen konzeptionellen Antworten kommen (vgl. Steffens 2008). Zum anderen ergibt sich in der deutschen Debatte die Frage nach dem Stellenwert der Prinzipien und Zielsetzungen der (klassischen) politischen Bildung wie Mündigkeit, Emanzipation, Widerständigkeit gegenüber dem neuen Paradigma der Demokratiepädagogik, das eher auf soziales Lernen, Erfahren demokratischer Verhaltensweisen und Werte sowie die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur setzt. Die *European Citizenship Education* (auch: *Civic Education*) zielt bspw. auf die Vermittlung europabezogener Kompetenzen zur Förderung einer europäischen (Unions-)Bürgerschaft (vgl. Eis 2007, S. 156). Angestrebt werden demokratisch aktive, pflicht- und

verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger mit gelungener europäischer Identität (vgl. ebd. S. 158, 162). Dadurch soll einerseits der Verlust der Bindungskraft an den Nationalstaat kompensiert sowie andererseits der Status überwunden werden, dass die Europäischen Union bislang nur als gemeinsamer Wirtschaftsraum existiert und wahrgenommen wird. Diese Zielsetzung weicht von dem Subjektverständnis der politischen Bildung in Deutschland in vielerlei Hinsicht ab, wie in den nächsten Abschnitten noch aufgezeigt wird.

3. Das demokratische Prinzip unter Globalisierungsdruck – Auswirkungen auf die politische Bildung

Das Festhalten am demokratischen Prinzip ist in der politischen Bildung tragender und einigender Konsens. Angesichts der globalen politischen und ökonomischen Transformationsprozesse stellt sich jedoch die Frage, von welchem Demokratieverständnis gegenwärtig ausgegangen werden kann. In der Hauptkontroverse der letzten Jahre zwischen Politik- und Demokratie-Lernen versuchte man, den Demokratiebegriff als fördernden Sympathieträger gegenüber einem engen Politikverständnis geltend zu machen, das weniger lebensweltlich verankert als vielmehr auf staatliches oder regierungspolitisches Handeln bezogen ist (vgl. zur Kontroverse: Juchler 2005). Für die Demokratie-Pädagogik ist eine „Erziehung zur Demokratie“ und die Kultivierung (staats-)bürgerlicher Tugenden leitend. Die Schülerinnen und Schüler sollen mit demokratischen Kompetenzen ausgestattet sowie jene Fähigkeiten und sittlichen Ressourcen gestärkt werden, die ein demokratisches Gemeinwesen voraussetzt (vgl. Himmelmann 2004; Frank 2005). Demokratie-pädagogische Ansätze gehen davon aus, dass diese Fähigkeiten im vorpolitischen Raum der Zivilgesellschaft – eben auch den Bildungseinrichtungen – ausgebildet werden.

Den demokratie-pädagogischen Ansätzen wurde von Seiten der Politikdidaktik und Politikwissenschaft mit einigen kritischen Einwänden begegnet (vgl. Buchstein 2004), auch wenn bestimmte Anliegen, wie bspw. das Bestreben der Demokratisierung der Schulkultur, grundsätzlich befürwortet werden. Von subjekttheoretischer Seite lässt sich etwa einwenden, dass die demokratie-pädagogischen Konzeptionen häufig den Erwerb von demokratischen Kompetenzen im Sinne einer mechanischen Herstellung verstehen, das Subjekt überfordern und soziale Bedingungen ausblenden (vgl. Bünger im Erscheinen). Demokratie und politische Partizipation basieren auf zahlreichen sozialen Voraussetzungen – etwa materiellen Grundlagen, einer guten Infrastruktur im Bildungsbereich, dem Abbau von Diskriminierung, der Bereitstellung von öffentlichen und sozialen Räumen etc. Diese Voraussetzungen müssten in der politischen Bildung thematisiert und demokratiepolitisch eingefordert werden, anstatt die demokratischen Defizite bei den Bürgerinnen und Bürgern oder Schülerinnen und Schülern zu suchen.

Die demokratie-pädagogischen Ansätze sind insgesamt stark normativ ausgerichtet. Normativen Ansätzen ist zu Gute zu halten, dass sie einen die Realität überschießenden Anteil haben. Was bei den demokratie-pädagogischen Ansätzen allerdings häufig verlo-

ren geht, ist eine kritische Analyse gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse – insbesondere in Anbetracht der gegenwärtigen globalen Transformationsprozesse. Das Anliegen einer kritischen politischen Bildung ist demgegenüber, die Gegenüberstellung zwischen Demokratie-Pädagogik und Politikdidaktik, von *Demokratie* oder *Politik* als leitendem Prinzip, zu durchbrechen und für einen weitgefassten Politikbegriff zu plädieren. Dieser setzt ebenfalls an den Alltagsverhältnissen der Menschen, der Schülerinnen und Schülern an. Er übersteigt aber Ansätze von sozialem Lernen, indem die politische Dimension – etwa Fragen von Macht-, Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnissen – explizit thematisiert wird. Gemeint ist ein Verständnis von Politik, das auf Demokratisierung setzt, diese aber nicht als Idealbild oder final zu erreichende Zielperspektive versteht. Demokratie ist kein festgezurrtter Zustand und keine Tugend, die man erlernen kann. Demokratie ist immer ein Prozess, der von Kämpfen für mehr Demokratisierung durchzogen ist, in dem es aber auch Phasen der Entdemokratisierung, des Demokratieabbaus oder der „Demokratieentleerung“ (Heitmeyer 2001) gibt (vgl. Lösch 2008). Für die politische Bildungsarbeit bedeutet das, mit einem differenzierten Demokratiebegriff zu arbeiten, der auf die Gelegenheiten, Bedingungen und Probleme von Demokratie verweist. Hier eröffnet sich ein weites inhaltliches Problem- und Reflexionsfeld für eine (kritische) politische Bildung unter Globalisierungsbedingungen (vgl. Lösch 2007; 2009).

In diesem Sinne sollte die politische Bildung wieder stärker an die sozialwissenschaftlichen Diskussionen rückgebunden werden und aktuelle politische Diagnosen aufgreifen. Werfen wir also einen exemplarischen Blick auf den ‚Zustand der Demokratie‘: Nach den weltpolitischen Umbrüchen von 1989/90 blieb die bürgerlich-liberale Demokratie, d.h. eine repräsentative, (eingeschränkte) Demokratie *plus* Marktwirtschaft, als einzig positiver Bezugspunkt, deren weltweite Ausbreitung als anstrebenwert galt. Alternative politische Ansätze, wie sie in unterschiedlichen Ausprägungen in den realsozialistischen Staaten praktiziert wurden, waren aufgrund ihres Demokratiedefizits diskreditiert. Mittlerweile fallen die Zustandsbeschreibungen der bürgerlich-liberalen Demokratie, die sich in unterschiedlichen Ausprägungen in den marktwirtschaftlichen, kapitalistischen Ländern etabliert hat, allerdings auch eher problematisch aus. Zwar nimmt weltweit die Anzahl der Staaten zu, die als Demokratien bezeichnet werden. Allerdings können sich auch solche Herrschaftsregime als demokratisch bezeichnen, die lediglich ein Minimum an formalen demokratischen Verfahren gewährleisten, etwa Wahlen durchführen, ohne Meinungsfreiheit oder andere grundlegende politische Rechte zu garantieren. Eingeschränkte Formen von Demokratie existieren aber nicht nur als irreführende Selbstzuschreibung autoritärer Regime. Für die Diagnose der etablierten liberalen Demokratien wird gegenwärtig der Begriff „Postdemokratie“ diskutiert (vgl. Crouch 2008). Hierbei handelt es sich um politische Gemeinwesen, in denen zwar Wahlen abgehalten werden, Wahlkämpfe aber zu einem großen Spektakel verkommen, wo konkurrierende PR-Teams die öffentliche Debatte kontrollieren und durch Kampagnenarbeit beeinflussen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger spielt hier eher eine passive Rolle und reagiert auf Signale, die man ihnen gibt (ebd., S. 10).

Mit der derzeitigen Weltwirtschafts- und Finanzkrise – die mit einer globalen Ernährungs-, Umwelt- und Energiekrise einhergeht – zeichnen sich die Grenzen der (offenen)

Marktwirtschaft ab und die Auswirkungen des jahrelangen Demokratie- und Sozialstaatsabbaus unter neoliberaler Politik werden sichtbar (vgl. Lösch 2008). Im Zuge der Globalisierung und Europäisierung verändert sich das demokratische Gefüge maßgeblich. Neue politische Akteure wie Transnationale Konzerne (TNCs), Lobbyagenturen und Denkfabriken wirken bei politischen Entscheidungen mit und die klassischen demokratischen Instanzen sowie Beratungsorte wie (nationale) Parlamente verlieren an Bedeutung und Entscheidungshoheit. Diese Entwicklung zeichnet sich insbesondere auf europäischer Ebene ab. Europa entwickelte sich stärker als (freier) Wirtschaftsraum denn als Sozialunion. Die Ansätze zur europapolitischen Bildung versuchen diesem demokratischen Defizit durch die Gewinnung einer europäischen Identität und demokratischer Verantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger Abhilfe zu schaffen. Jedoch ist zweifelhaft, wie durch die Stärkung demokratischer Tugenden der Bürgerinnen und Bürger das Demokratiedefizit der Europäischen Union auszugleichen ist, denn dieses stellt sich doch in erster Linie als institutionelles Problem dar.

Mangelt es wirklich am demokratischen Bewusstsein und Beteiligungswillen oder liegt das Problem nicht vielmehr an den fehlenden demokratischen Strukturen, Mitbestimmungs- und vor allem *Entscheidungsmöglichkeiten*? Rufe nach aktiver Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene laufen dann ins Leere, wenn selbst auf regionaler Ebene die Bürgerbeteiligung nicht Ernst genommen wird. In den letzten Jahren setzten sich die repräsentativen politischen Instanzen immer wieder über die Beratungen und Entscheidungen vieler Bürgerinnen und Bürger hinweg. Zahlreiche Bürgerentscheide wurden ignoriert oder übergangen, wie etwa der gegen die Privatisierung der landeseigenen Krankenhäuser in Hamburg (vgl. Rügemer 2006, S. 219f.). Mit der Weltwirtschafts- und Finanzkrise zeigt sich heute, dass die eine oder andere Kommune besser damit gefahren wäre, die Bürgerentscheide etwa gegen *Cross-Border-Leasing* Verträge umzusetzen (vgl. Berth Süddeutsche Zeitung vom 14./15.2.2009; Kirbach Die ZEIT vom 12.3.09). Denn das Übergehen dieser Voten führt nun zur weiteren Verschuldung der Kommunen, da sie angesichts der Finanzmisere in den USA Kredite in Millionenhöhe zurückzahlen müssen. Die Auswirkungen der Privatisierung öffentlicher Bereiche fangen gerade erst an sich abzuzeichnen und eine umfassende Bewertung wird noch zu leisten sein.

Demokratisch interessant wird es dann, wenn sich die Frage der politischen Verantwortlichkeit für die getroffenen Entscheidungen (wieder) stellt, die in den letzten Jahren – wohlmöglich auch aus Resignation gegenüber der Unübersichtlichkeit der Zuständigkeiten sowie den beliebten *Sachzwangsargumentationen* – kaum noch thematisiert wird. Die politische Bildungsarbeit wäre hier – neben ihren klassischen Feldern der Bildung gegen (Rechts)Extremismus, der Menschenrechtserziehung etc. – sicherlich als „demokratiepolitische/-kritische Bildung“ gefragt.

4. Ausblick: Europäische Identität oder *Global Citizenship*?

Die Idee einer europäischen Staatsbürgerschaft (*European Citizenship*) als demokratische Perspektive lässt sich unterschiedlich bewerten: Einerseits liegt darin die Chance,

alte Konzepte der nationalen Identität zu überwinden, die stets mit Ausschluss von Menschen sowie Grenzen der demokratischen Teilhabe verbunden waren. Andererseits birgt die Debatte einer *European Citizenship Education* und ihrem Ansinnen einer europäischen Identität zugleich das Risiko, dass neue Schließungsmechanismen entstehen. Europa öffnet sich als eingegrenzter Wirtschaftsraum und schließt sich zugleich gegenüber anderen Ländern und Menschen. Der italienische Philosoph Giorgio Agamben (2002) hat sich in seinen Schriften umfassend mit dieser Abschottung Europas an den Grenzregionen sowie der Politik der „Lager“ auseinandergesetzt; eine Politik, die man zweifellos als Schande des 21. Jahrhunderts bezeichnen muss. Die humanistischen Werte, wie sie Europa immer für sich in Anspruch nimmt, finden mit dieser Praxis der Menschenrechtsverletzungen ihre Grenze. Europas Wertebezug wird in anderen Teilen der Welt oft als ungläubwürdig empfunden. Obgleich in der interkulturellen und antirassistischen Bildungsarbeit viel über den Zusammenhang von Identität, Ausschluss und Macht gesprochen wird, fallen die Konzepte der *European Citizenship Education* meines Erachtens hinter diesen Diskussionsstand zurück. Identitätsbildung heißt immer die Abgrenzung des *Wir* gegenüber den *Anderen*, zieht Diskriminierung, rassistische Strukturen und Verhaltensweisen nach sich. An dem Identitätsverständnis als Lernziel der *European Citizenship Education* wird auch von Seiten der Politikdidaktik Kritik geübt. Sie missachte Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses wie Kontroversitätsgebot und Überwältigungsverbot. Außerdem sei umstritten, was eine „europäische Identität“ sei, und ob diese überhaupt nötig ist für eine gelungene Integration (vgl. Richter 2004).³

Wichtige Beiträge für eine Neuausrichtung der politischen Bildung unter globalisierten Bedingungen kommen derzeit aus den Ansätzen zum globalen Lernen (vgl. Seitz 2002; Overwien/Rathenow 2009) und entwickeln sich in der Diskussion um ein kosmopolitisches Weltbürgertum (vgl. Steffens 2008), das dem europazentrierten Bild der Wirtschaftsbürgerinnen entgegengestellt werden kann. Mit Begriffen wie *globale Bürgerschaft* oder englisch *Global Citizenship* kann – auch in Anlehnung an Hannah Arendts Kritik der nationalen Staatsbürgerschaftskonzepte (1996, S. 601ff.) – über globale soziale und politische Rechte diskutiert werden, ohne diese automatisch an einen Staat oder das Konzept der Staatsbürgerschaft rückzubinden.

Die politische Bildung verfolgt seit ihrer Gründung im Nachkriegsdeutschland die Prinzipien der Demokratisierung und Emanzipation. Insbesondere mit dem politischen Aufbegehren und der Kritik an den gesellschafts-politischen Strukturen im Zuge der 1968er-Bewegung verstand man unter Demokratisierung Abbau von Herrschaftsstrukturen wie Rassismus, Sexismus, Klassenherrschaft und Nationalismus. Die internationale Öffnung und „postnationale Konstellation“ (Habermas 1998) ermöglicht nun, diese Prinzipien im Zuge einer *Global Citizenship* auszuweiten. Ansätze zum globalen Lernen eröffnen eine andere Perspektive als die europäischen Demokratieerziehungsprogramme. Im globalen Lernen sind Themen wie die Ökologie- und Friedensfrage,

3 In Anlehnung an die kritischen Debatten um eine nationale Identität oder Geschlechtsidentität plädiert Dagmar Richter eher für eine dekonstruktivistische Sicht auf das Subjekt (vgl. Richter 2004).

nachhaltige Entwicklung sowie interkulturelle Aspekte zentral – diese könnten um Fragen der Geschlechterverhältnisse, des Postkolonialismus etc. ergänzt werden. Aus dem Bereich der kritischen Sozial- und Erziehungswissenschaften lassen sich zahlreiche weitere theoretische Bezugspunkte für eine global orientierte politische Bildung finden (vgl. Lösch/Thimmel; im Erscheinen). Zur Stärkung und Herausbildung einer selbstreflexiven, d.h. einer auf Selbstverständigungs-Diskursen basierenden Weltöffentlichkeit (vgl. Steffens 2008) wäre diese inhaltliche Fundierung einer Didaktik globaler politischer Bildung sicherlich mehr als förderlich. Dazu bedarf es keiner erneuten Identitätskonzepte von Bürgerschaft als vielmehr erweiterter politischer Beteiligungs- und Handlungsmöglichkeiten.

Literatur

- Adorno, T. (1971): *Erziehung zur Mündigkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag.
- Agamben, G. (2002): *Homo sacer. Die Souveränität der Macht und das nackte Leben*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Arendt, H. (1996): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*, 5. Auflage. München: Piper.
- Berth, F. (2009): Mehr Plebiszit wagen. In: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 37, 14./15. Februar 2009, S. 7.
- Bieling, H.-J. (2007): Die Europäische Union – ein neoliberales Projekt? Zur politischen Ökonomie der „Europäisierung“. In: Steffens, G. (Hrsg.): *Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung. Eine kritische Einführung*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 213–227.
- Buchstein, H. (2004): Politikunterricht als Wirklichkeitsunterricht. Zum Nutzen der Politikwissenschaft für die politische Bildung. In: Breit, G./Schiele, S. (Hrsg.): *Demokratie braucht politische Bildung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 47–62.
- Bünger, C. [im Erscheinen]: Politische Bildung nach dem ‚Tod des Subjekts‘. In: Lösch, B./Thimmel, A. (Hrsg.): *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Bundeszentrale für Politische Bildung (Hrsg.) (2005): *NECE – Networking European Citizenship Education. Political Education in School and its Scientific Basis*. Online Reader No. 1. URL: www.bpb.de/themen/ZWT5G3.html – Download am 8.9.2009.
- Butterwegge, C./Hentges, G. (Hrsg.) (2002): *Globalisierung und politische Bildung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Crouch, C. (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Eis, A. (2007): Education for European Democratic Citizenship. In: Lange, D. (Hrsg.): *Strategien der Politischen Bildung*. Baltmannsweiler: Schneider, S. 154–164.
- Eurydice (Hrsg.) (2005): *Citizenship Education at School in Europe. Country Reports. Germany, National Description 2004/2005*. URL: http://eacea.ec.europa.eu/ressources/eurydice/pdf/054DN/054_DE_EN.pdf – Download am 8.9.2009.
- Frank, S. (2005): „Civic Education“ – was ist das? In: *Demokratie-Baustein, BLK-Programm „Demokratie lernen & leben*. URL: www.blk-demokratie.de – Download am 8.9.2009.
- Georgi, V. (Hrsg.) (2008): *The Making of Citizens in Europe: New Perspectives on Citizenship Education*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Habermas, J. (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*. Frankfurt/M.

- Hedtke, R. (2002): Editorial: Globalisierung. In: SOWI-Online. URL: http://www.sowi-online-journal.de/2002-1/editorial_hedtke.htm – Download am 16.04.2009.
- Heitmeyer, W. (2001): Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen. In: Loch, D./Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Schattenseiten der Globalisierung*. Frankfurt/M.
- Himmelmann, G. (2004): *Demokratie-Lernen: Was? Warum? Wozu? Beiträge zur Demokratiepädagogik*. Eine Schriftenreihe des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“. URL: www.blk-demokratie.de – Download am 8.9.2009.
- Himmelmann, G. (2007): Citizenship Education in England. In: Lange, D. (Hrsg.): *Strategien der Politischen Bildung*. Baltmannsweiler: Schneider, S. 203–210.
- Juchler, I. (2005): Worauf sollte die politische Bildung zielen: Demokratie-Lernen oder Politik-Lernen? In: *Politische Bildung. Direkte Demokratie* 38, 1, S. 100–109.
- Kerr, D. (2008): Research on Citizenship Education in Europe: A Survey. In: Georgi, V. (Hrsg.): *The Making of Citizens in Europe: New Perspectives on Citizenship Education*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 167–178.
- Kirbach, R. (2009): Cross-Border-Leasing. Für dumm verkauft. In: *Die ZEIT*, 12.03.2009, Nr. 12. URL: http://www.zeit.de/2009/12/DOS-Cross-Border_Leasing – Download am 8.9.2009.
- Lohmann, I. (2007): Die „gute Regierung“ des Bildungswesens: Bertelsmann Stiftung. In: Wernicke, J./Bultmann, T. (Hrsg.): *Netzwerk der Macht – Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh*. Marburg: BdWi Verlag, S. 153–169.
- Lösch, B. (2007): Demokratie und politische Partizipation unter Bedingungen des globalen Kapitalismus. In: Steffens, G. (Hrsg.): *Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung. Eine kritische Einführung*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 245–257.
- Lösch, B. (2008): Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie? In: Butterwegge, C./Lösch, B./Ptak, R.: *Kritik des Neoliberalismus*. Unter Mitarbeit von Tim Engartner, 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 221–283.
- Lösch, B. (2009): Deliberation und politische Bildung. In: *Außerschulische Bildung, Zeitschrift des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB)*, S. 378–383.
- Lösch, B./Thimmel, A. (Hrsg.) [im Erscheinen]: *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Nonnenmacher, F. (Hrsg.) (2008): *Unterricht und Lernkulturen. Eine internationale Feldstudie zum Themenbereich Migration*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Oberansmayr, G. (2007): „Get anywhere, fight anywhere, eat anywhere, stay anywhere“. Bertelsmann finanziert Denkschmiede für die Supermacht Europa. In: Wernicke, J./Bultmann, T. (Hrsg.): *Netzwerk der Macht – Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh*. Marburg: BdWi, S. 407–413.
- Overwien, B./Rathenow, H.-F. (Hrsg.) (2009): *Globalisierung fordert politische Bildung. Politisches Lernen im globalen Kontext*. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Richter, D. (2004): „Doing European“ statt „Europäische Identität“ als Ziel politischer Bildung. In: Weißeno, G. (Hrsg.): *Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 172–184.
- Rügemer, W. (2006): *Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz*, 4. Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Seitz, K. (2002): *Bildung in der Weltgesellschaft. Gesellschaftstheoretische Grundlagen Globalen Lernens*. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.
- Sliwka, A. (2004): *Service Learning: Verantwortung lernen in Schule und Gemeinden. Beiträge zur Demokratiepädagogik*. Eine Schriftenreihe des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“. URL: www.blk-demokratie.de – Download am 8.9.2009.

- Sliwka, A. (2005): Vorbild auch für Deutschland: „Education for Citizenship“ in England. Beiträge zur Demokratiepädagogik. Eine Schriftenreihe des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“. URL: www.blk-demokratie.de – Download am 8.9.2009.
- Steffens, G./Weiß, E. (Hrsg.) (2004): Globalisierung und Bildung. Jahrbuch für Pädagogik. Frankfurt/M. u.a.: Peter-Lang.
- Steffens, G. (Hrsg.) (2007): Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung. Eine kritische Einführung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Steffens, G. (2008): Weltbürgertum – ein neues Leitbild für politische Bildung? In: Praxis Politische Bildung 12, 2, S. 106–113.
- Widmaier, B. (2008): Active Citizenship & Citizenship Education. Europäische Referenzrahmen für non-formale politische Bildung. In: Praxis Politische Bildung 12, 1, S. 5–12.

Abstract: In the course of the internationalization and Europeanization of political and economic processes the conditions of political education are changing, – conditions which have so far been oriented by the nation-state on both the institutional and the content-related level. Estimations of the situation vary in so far as the (transformation-) processes are regarded as either opening up new possibilities for political education or as, on the contrary, further limiting the established practice. The author sketches a few European initiatives which do have an effect on the institutional and content-related orientation of political education. The understanding of democracy inherent in European Citizenship Education is discussed and a broadened perspective of a Global Citizenship Education is opened up. A critical political education, such as forms the conceptual basis of this study, pursues a world perspective transcending a Europe-centered point of view, trying to overcome old mechanisms of exclusion typical of the nation-state, and starting from a differentiated concept of the subject and of democracy.

Anschrift der Autorin

Dr. Bettina Lösch, Universität zu Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Institut für Vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften, Gronewaldstr. 2, 50931 Köln,
E-mail: bettina.loesch@uni-koeln.de.